

Kalt, skrupellos – erfolgreich?

Mit Macht und Erpressung hat Präsident Putin die Ukraine in den Moskauer Einflussbereich zurückgeholt. Nicht sein einziger politischer Erfolg in diesem Jahr.

Was treibt den Mann im Kreml? *Von Christian Neef und Matthias Schepp*

Vor sechs Wochen schritten zwei Männer über den Roten Platz in Moskau: der eine im Mantel, der andere im Bischofsgewand. Sie begaben sich zum Denkmal für den Bürger Minin und den Fürsten Poscharski, das vor der Basilius-Kathedrale steht.

Minin und Poscharski waren die Anführer des Aufstands gegen die polnische Intervention von 1611. Der 4. November, an dem sie vor gut 400 Jahren das Zentrum Moskaus befreiten, ist jetzt Staatsfeiertag – und Sinnbild dafür, dass ein geeintes russisches Volk jeden ausländischen Feind zurückschlagen kann.

Seine Heiligkeit, der Patriarch von Moskau und ganz Russland, Kirill, und Wladimir Putin, der weltliche Herrscher des Reichs, legten am Denkmal rote Nelken nieder. Im Kreml hielt der Kirchenchef für den Präsidenten dann noch eine Überraschung bereit: eine Ehrenurkunde „Für den Erhalt des großen Russlands“.

„Wir wissen“, hob Kirill zu einer Lobeshymne an, „dass Sie wie kein anderer seit Ende des 20. Jahrhunderts Ihren Beitrag leisten, damit Russland mächtig wird und seine alten Positionen zurückgewinnt. Ein Staat, der sich selbst achtet und den alle anderen achten.“

Seit 14 Jahren lenkt Wladimir Putin bereits diesen russischen Staat, aber 2013, das gerade zurückliegende Jahr, ist sein bislang erfolgreichstes. Das „Forbes“-Magazin hat ihn gerade zum einflussreichsten Mann der Welt gekürt, weil er „seine Kontrolle über Russland festgezurr“ habe. Nicht mehr Barack Obama, sondern Putin stehe nun auf Platz eins, meldete das Blatt, weil er gleich in mehreren Konflikten und Affären gegenüber seinem Kollegen in Washington die Oberhand behalten habe.

Alles scheint dem Russen derzeit zu gelingen. Im September hat er Syrien dazu gebracht, seine Chemiewaffen unter internationale Kontrolle zu stellen. Er hat damit im letzten Moment einen amerikanischen Militärschlag gegen das Assad-Regime gestoppt und Obama als impotenten Weltpolitisten vorgeführt.

Schon Ende Juli hatte er, ungeachtet amerikanischer Drohungen, dem US-

Geheimdienstenthüller Edward Snowden Asyl in Russland gewährt – und mit diesem Schachzug die Zwietracht im westlichen Lager geschürt. Auch Deutsche und Franzosen empörten sich über die amerikanischen Abhörpraktiken.

Ein Coup folgt seither dem anderen. Als im Herbst endlich substantielle Gespräche mit Teheran über eine Zügelung des iranischen Nuklearprogramms zustande kamen, spielte Kreml-Chef Wladimir Putin wieder eine Schlüsselrolle.

Und gerade erst hat er mit massivem Druck seinen ukrainischen Kollegen Wiktor Janukowitsch dazu gebracht, ein über Jahre vorbereitetes Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union zu kippen, nur wenige Tage vor dessen Unterzeichnung auf einem Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs. Er hat die

„Schützt uns vor Nato-Aggressoren, westlichen Geheimagenten und bezahlten Demonstrationen!“

Ukraine damit – vorerst – in den russischen Einflussbereich zurückgeholt.

Viele begeistert Putins Selbstgewissheit und seine Kraft, alles in Frage zu stellen, was außerhalb Russlands als politische Spielregel gilt. „Führer der freien Welt“ hat ihn der amerikanische Blogger Matt Drudge genannt, ein anderer Kommentator beschrieb ihn als den „Chuck Norris der internationalen Politik“ – Action-Schauspieler Norris („Die Todeskralle schlägt wieder zu“) hatte sich auf die Darstellung schlagkräftiger patriotischer und erzkonservativer Einzelgänger spezialisiert. Männer wie Drudge bewundern Putin dafür, wie er scheinbar allein ein Riesenland regiert, wenn auch oft mit rücksichtslosen Methoden.

Für andere dagegen ist Putin ein Mann, der im Stile des 19. Jahrhunderts herrscht, der sich nicht dem europäischen Politikmodell verpflichtet fühlt, sondern einem feudalistischen: mit einem dominanten Staat, Höflingen, die jeden beliebigen

Wunsch ihres Herrschers erfüllen, und einer Wirtschaft, die allein den Interessen der Politiker dient. Und dessen Credo lautet: „Was meins ist, kann nicht deines sein.“ Die Ereignisse in der Ukraine und Putins Rolle dabei werfen jetzt erneut die Frage auf, wer der Mann im Kreml wirklich ist und was er will. Ist die in Unruhen versinkende Ukraine das Symbol für einen neuerlichen Wendepunkt im Verhältnis zwischen Ost und West?

Russland galt in westlichen Hauptstädten in den vergangenen Jahren als schwierig, aber stabil – vor allem aber als nicht mehr wirklich wichtig. Der Konflikt um die Ukraine führt nun vor Augen, dass an Putin nicht nur das Schicksal von 143 Millionen russischen Staatsbürgern hängt. Sondern auch das Schicksal der meisten Nachbarländer im ehemals sowjetischen Imperium.

Während in Kiew proeuropäische Demonstranten unweit des Regierungssitzes ihre Barrikaden errichteten, erschien die kremlnahe Moskauer Boulevardzeitung „Komsomolskaja prawda“ mit einer Titelgeschichte, die den Zerfall der Ukraine prophezeite. Die nach Europa strebenden, früher zum Habsburger Reich gehörenden westlichen Teile der Ukraine waren violett markiert, die seit Jahrhunderten mit Russland eng verbundenen Ostprovinzen und die Krim dagegen rot. Auf der Krim wandte sich fast zeitgleich ein Abgeordneter mit der Bitte an Putin, russische Streitkräfte in die Ukraine zu schicken, um „uns vor Nato-Aggressoren, westlichen Geheimagenten und bezahlten Demonstrationen zu schützen“.

Es war wohl falsch, dass der Westen Russland in den vergangenen zwei Jahrzehnten nicht mehr für einen potenten Gegner hielt, auch wenn er sich über so manchen Vorgang im Putin-Reich zu Recht erregte. Darüber zum Beispiel, dass Sonderpolizisten nach der gefälschten Duma-Wahl 2011 den Protest Zehntausender Moskauer zu unterdrücken versuchten. Oder darüber, dass Putin zwei Frauen der Punk-Gruppe Pussy Riot für zwei Jahre wegsperren ließ, nur weil sie in einer Kirche gegen ihn gesungen hatten.

Der Aufstand der enttäuschten proeuropäischen Ukrainer gegen ihren Staatschef



Staatschef Putin

Janukowitsch zeigt dem Westen nun, wie brutal Russland seine Interessen auch jenseits seiner Grenzen umzusetzen beginnt. Denn Janukowitschs plötzlicher Kurswechsel weg von der EU war das Ergebnis eines eiskalten Machtspiels von Russlands Staatschef.

Ein Hauch von Kalte-Kriegs-Stimmung zieht nun wieder durch die Welt. Die USA prüfen nach den gewaltsamen Polizeieinsätzen gegen Demonstranten in Kiew mögliche Sanktionen gegen die Ukraine, teilte Außenamtssprecherin Jennifer Psaki mit. Ihr Chef, John Kerry, hatte zuvor gesagt, er sei von der Polizeigewalt angewidert. Diese sei „weder akzeptabel noch angemessen für eine Demokratie“, so der Außenminister. Er meinte damit nicht nur Janukowitsch selbst, sondern auch den Regisseur dieser Ereignisse: Wladimir Putin.

Russland schoss zurück. Dem Westen gehe es gar nicht um Demokratie, behauptete Außenminister Sergej Lawrow: Er wolle die Ukraine nur als Trophäe in die Hand bekommen, um Russland eine strategische Niederlage zu bereiten.

Mit 444 von 450 Stimmen nahm die Staatsduma in Moskau am Dienstag voriger Woche eine Erklärung an, in der sie westlichen Politikern eine „unverhüllte Einmischung in die inneren Angelegenheiten der souveränen Ukraine“ vorwarf. Das zielte auf die Auftritte des deutschen Außenministers Guido Westerwelle, des früheren polnischen Premiers Jaroslaw Kaczyński oder der US-Unterstaatssekretärin Victoria Nuland auf dem Kiewer Maidan, wo die Amerikanerin Sandwiches an die Demonstranten verteilte.

„Die nichtsanktionierten Meetings, die Blockade von Staatseinrichtungen, die Besetzung von Amtsgebäuden, die Pogrome und die Zerstörung historischer Denkmäler“ – gemeint war der Sturz der Lenin-Statue im Kiewer Zentrum – „führen zu einer Destabilisierung im Lande“, schrieben die Kreml-Abgeordneten. Ein „Staatsstreich“ sei in der Ukraine im Gange. Das Staatsfernsehen nannte die Europäische Union eine „antirussische Allianz“, weil sie mit ihrer Annäherung an die Ukraine Moskaus Interessen ignoriere.

Dass Russland und der Westen in unterschiedlichen Denkwelten leben, hatte sich in den vergangenen Monaten nirgendwo deutlicher als in Osteuropa gezeigt, wo die EU seit 2009 ein Programm der „Östlichen Partnerschaft“ voranzutreiben versuchte. Es betraf neben der Ukraine Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldau und Weißrussland. Der Westen bot Freihandel und finanzielle Unterstützung an, dafür sollten diese sechs Länder Justizsystem, Wahlrecht und Medien reformieren. Der östliche Rand des Kontinents sollte an die EU gebunden werden, durch den Export westlicher Werte.



Patriarch Kirill, Kreml-Chef Putin: „Sie leisten Ihren Beitrag, damit Russland mächtig wird“



Brüssel diskutierte mit seinen Juniorpartnern über Stahltarife, Weizenexporte und die Abnahme östlichen Weins – und war bass erstaunt, als es plötzlich um Geopolitik ging. Das erste Mal seit Beginn ihrer Osterweiterung traf die EU auf erbitterten Widerstand – den Widerstand Russlands.

Wirklich überraschend kam der aber nicht, die EU hätte es wissen können. Russland versucht seit Beginn der neunziger Jahre, die ehemaligen Sowjetrepubliken in seinem Bannkreis zu halten. Ohne Rücksicht auf Verluste nutzt Putin seine Macht, um dieses Ziel zu erreichen. Er droht diesen Staaten oder benutzt sie als Geiseln, er erpresst sie und spielt sie gegeneinander aus. Er agiert kalt und skrupellos, aber sehr erfolgreich. „Wer zahlt, bestellt auch die Musik“, sagt Putin.

Das in einem Bürgerkrieg 1992 von der Republik Moldau abgespaltene Transnistrien dient Russland bis heute dazu, die Souveränität Moldaus zu torpedieren – niemand hat Transnistrien bisher anerkannt. Auch in Abchasien und Südossetien, zwei nach dem Krieg 2008 von Georgien abgespaltenen Gebieten, spielt Moskau sich als Beschützer auf – und nutzt die Marionettenstaaten, um Druck auf die Regierung in Tiflis auszuüben.

Wenn ein ehemaliges Sowjetland nicht mehr wie früher Vasall Moskaus sein will, kann es nur ein Vasall Washingtons oder Brüssels sein – so denkt der ehemalige KGB-Auslandsaufklärer Wladimir Putin.

Mucken heute die kleineren Staaten der ehemaligen Sowjetunion gegen Moskau auf, müssen sie mit Putins geballtem Zorn rechnen. So ließ er 2006 den Import von georgischen Weinen und Mineralwasser stoppen, weil in dem Kaukasus-Land der proamerikanische Micheil Saakaschwili auf den Abzug russischer Truppen drängte.

Im Vorfeld des Gipfels in der litauischen Hauptstadt Vilnius, auf dem zumindest die Ukraine, Georgien und Moldau ihre Assoziierungsabkommen mit der EU abschließen wollten, boykottierte Moskau litauische Milchprodukte. Schon Jahre zuvor hatte Russland eine strategisch wichtige Ölpipeline nach Litauen lahmgelegt – nur weil die Regierung in Vilnius eine große Raffinerie nicht an Russland, sondern an Polen verkaufen und sich unabhängig machen wollte.

Besonders augenfällig war der Druck auf Armenien in diesem Jahr. Die kleine Kaukasus-Republik hatte wie die Ukraine vier Jahre lang mit Brüssel über eine Assoziierung verhandelt. Moskaus Forderung, der von Russland geführten Zollunion beizutreten, lehnten Präsident und Premier stets als „geografisch unmöglich“ und „sinnlos“ ab – bis zum 3. September. An diesem Tag bestellte Wladimir Putin seinen armenischen Amtskollegen Sersch Sargsjan in den Kreml ein.

Kaum waren die Gespräche vorbei, verkündete Sargsjan auf einer Pressekonferenz, Armenien werde doch nicht das Abkommen mit Brüssel unterschreiben, sondern der Zollunion beitreten. Moskau hatte mit höheren Preisen für russisches Erdgas gedroht und begann, an Armeniens Erzfeind Aserbaidshans Waffen zu verkaufen. Gleichzeitig bot Putin dem Armenier Hilfe beim Ausbau seiner Eisenbahn und eines Atomkraftwerks an, das eigentlich abgeschaltet werden sollte.

Ähnlichem Druck sah sich die Republik Moldau ausgesetzt. Der hatte Moskau im September plötzlich mitgeteilt, sie dürfe ihren Wein, das wichtigste Ausfuhrprodukt des Landes, nicht mehr nach Russland exportieren. Zugleich erinnerten Putins Beamte die Regierung in Chişinău daran, dass Hunderttausende Moldawier ihr Geld als Gastarbeiter in Russland verdienen – und dass fast 200 000 von ihnen keine gültigen Aufenthaltspapiere hätten, also ausgewiesen werden könnten. Im Unterschied zu Armenien paraphierte die moldauische Regierung trotzdem das EU-Abkommen.

Der Druck, den Moskau vor dem EU-Gipfel in Vilnius auf die Ukraine ausübte, übertraf jedoch alles bisher Erlebte. Bereits im Sommer ließen die Russen zollfreie Rohre aus der Ukraine nicht mehr durch und stoppten Lieferungen des ukrainischen Pralinenherstellers Roschen, weil die Qualität der Waren angeblich mangelhaft war. Sie trafen damit zwei der wichtigsten ukrainischen Oligarchen: Beide sollten dazu bewegen werden, Präsident Janukowitsch die Kooperation mit der EU auszureden.

Im Oktober, der Gipfel in Vilnius war nahe gerückt, führte Russland über Nacht neue Regeln für den Warentransit ein, so dass sich die Lastwagen an der russisch-ukrainischen Grenze kilometerweit stau-

ten. Dann setzte es den Import von Fleisch und Eisenbahnwaggons aus der Ukraine aus. Und der russische Staatskonzern Gazprom forderte eine Schuld von 1,3 Milliarden Dollar ein, für Gas, das er irgendwann geliefert hatte.

Begleitet wurde der russische Handelskrieg durch eine beispiellose Propagandaoffensive. Präsident Putin schickte seinen Wirtschaftsberater Sergej Glasjew los, einen extrem nationalistisch gesinnten Mann. Der malte den Ukrainern ein Katastrophenszenario aus, sollten sie den Vertrag mit der Europäischen Union unterschreiben: Die Ukraine brauche mindestens 130 Milliarden Euro, um sich den EU-Regeln anzupassen, behauptete Glasjew. Das werde die nationale Währung in den Keller treiben, Kiew werde seine Schulden nicht mehr bezahlen können, die Heizungen blieben kalt, dann folge der Staatsbankrott – „warum will die ukrainische Führung ihr Land in den wirtschaftlichen Selbstmord treiben?“ Die Ukraine erwirtschaftete zehn Milliarden Dollar mehr, wenn sie der russisch geführten Zollunion beitrete.

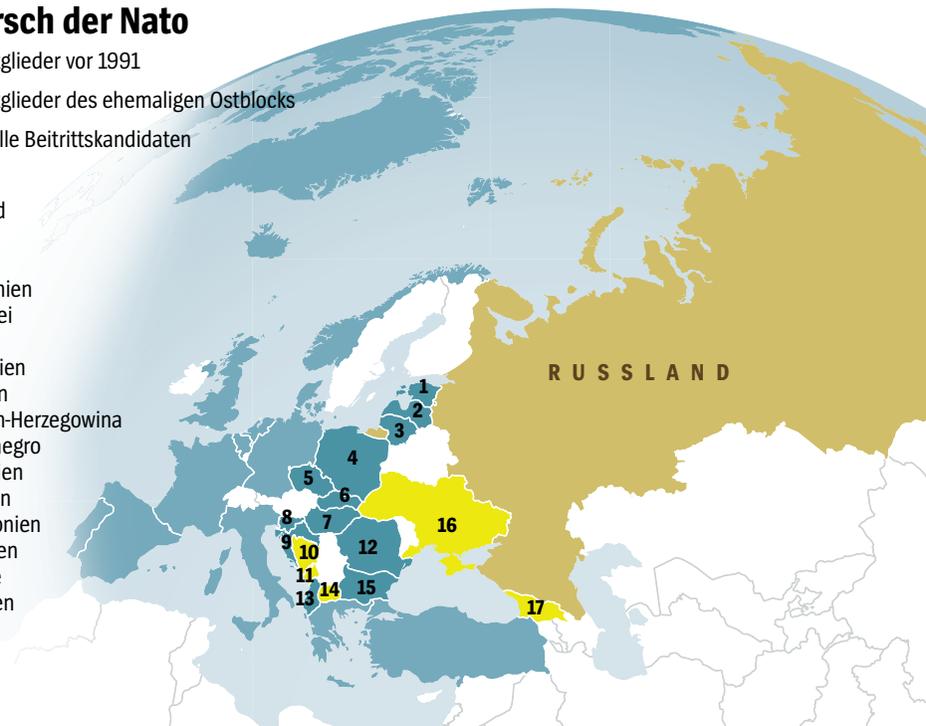
Sergej Glasjew wurde am 28. November in der Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale mit dem russischen Nationalpreis „Mensch des Jahres 2013“ geehrt, genau an jenem Tag, als in Vilnius der EU-Gipfel begann – ohne dass die Ukraine dort das Abkommen unterschrieb. Die Begründung für die Auszeichnung: Glasjew habe hervorragend mitgewirkt, „die Ukraine in den Wirtschaftsverband mit Russland zurückzuholen“.

Man mag sich wundern, wie grob der Druck auf die Ukraine ausfiel. Aber das „Grenzland“, wie es übersetzt heißt, ist das zweitgrößte Land Europas. Putin braucht es, wenn er das von ihm geplante eurasische Wirtschaftsimperium aufbauen will. Zudem ist Kiew die historische

Vormarsch der Nato

- Nato-Mitglieder vor 1991
- Nato-Mitglieder des ehemaligen Ostblocks
- potentielle Beitrittskandidaten

- 1 Estland
- 2 Lettland
- 3 Litauen
- 4 Polen
- 5 Tschechien
- 6 Slowakei
- 7 Ungarn
- 8 Slowenien
- 9 Kroatien
- 10 Bosnien-Herzegowina
- 11 Montenegro
- 12 Rumänien
- 13 Albanien
- 14 Mazedonien
- 15 Bulgarien
- 16 Ukraine
- 17 Georgien



Wiege des russischen Staates, dort wurde im 9. Jahrhundert das erste ostslawische Reich gegründet. Glasjew redete bei seinen Auftritten stets von „unserer gemeinsamen geistig-historischen Tradition“.

Dabei schauen Russen wie Ukrainer abschätzig auf den jeweils anderen herab. In Moskau werden die Ukrainer „Chochly“ genannt, eine Anspielung auf den eigenartigen Kopfputz der mittelalterlichen Dnjepr-Kosaken. Und für die Kiewer sind die Russen „Moskali“, was ebenso herablassend klingt. Die Russen „betrachten uns seit 350 Jahren als ihren Gutsbesitz“, sagte Leonid Krawtschuk, der erste Präsident der unabhängigen Ukraine.

Auch Putin und Janukowitsch mögen sich nicht. Dass der Kreml-Chef letztendlich zum Holzhammer griff, hat mit der Mentalität des ukrainischen Präsidenten zu tun: Der ist ein Mann, der sich nie festlegen mag und sich immer irgendwo eine Hintertür offenhält. Putin hatte nicht daran geglaubt, dass Janukowitsch wirklich den Vertrag mit Brüssel unterschreiben würde. Als sich im Sommer abzeichnete, dass er doch bereit dazu sei, schritt Moskau ein.

So grob wollte selbst ein Putin eigentlich nicht mehr sein. „Wir beabsichtigen nicht, als Supermacht angesehen zu werden, also als globaler oder regionaler Hegemon“, sagte er am vergangenen Donnerstag in seiner jährlichen Rede zur Lage der Nation. Dass Länder wie die Ukraine nach wie vor in den Orbit Moskaus gehören, setzt der Präsident allerdings voraus.

Nach Snowden, Syrien, Iran und anderen außenpolitischen Erfolgen sieht sich Putin nun aber in einer Rolle, die ihm genauso gut gefällt: Er fühlt sich als „Schiedsrichter der Weltpolitik“.

„20 Minuten mit Obama am Rande des G-20-Gipfels in St. Petersburg haben Putin gereicht, um eine Bombardierung Syriens abzuwenden und eine Lösung für das syrische Chemiewaffenproblem auf den Weg zu bringen“, sagt ein Moskauer Spitzendiplomat.

Putins Autorität sei inzwischen „so groß, dass er sogar eine Abstimmung im amerikanischen Kongress zu Syrien beeinflussen kann“, heißt es in einem noch unveröffentlichten 44-seitigen Report des Zentrums für Strategische Kommunika-

tion, der mächtigsten Denkfabrik des Kreml, den der SPIEGEL vorab einsehen konnte. In ihm wird Putin als „neuer Weltführer der Konservativen“ gepriesen.

Deren Stunde sei jetzt gekommen, und zwar weltweit, denn „der ideologische Populismus der Linken“ – gemeint sind Männer wie Barack Obama oder der Franzose François Hollande – „spaltet die Gesellschaft“, schreiben die Autoren.

In einer sich schnell ändernden und chaotischen Welt sehnten sich die Menschen nach Sicherheit: Die große Mehrheit bevorzuge Stabilität gegenüber ideologischen Experimenten, klassische Familienwerte statt Homo-Ehe, Nationalstaat statt Einwanderung. Wladimir Putin stehe

Russland ist ein Scheinriese: Je näher man ihm kommt, desto kleiner wird er.

für diese traditionellen Werte – nicht mehr die klassischen Demokratien, die innenpolitisch nur noch mit Kompromissen regieren könnten. Sein Konservatismus ziele darauf, so erklärte es Putin vorige Woche selbst, „eine Bewegung nach hinten und unten, in das Chaos der Finsternis, zu verhindern“.

Der Stimmungswandel mag richtig beobachtet sein. Nur: Wer will sich gerade an Russland ein Beispiel nehmen? Die Menschen auf dem Kiewer Maidan offenbar nicht.

Putins Russland ist ein schlecht organisiertes Land, dessen Macht davon abhängt, dass der Ölpreis über 100 Dollar bleibt. Der Koloss im Osten mit seinen Atomwaffen, Bodenschätzen und Devisenreserven von 515 Milliarden Dollar erinnert an den Scheinriesen aus Michael Endes Jim-Knopf-Buch: Je näher man ihm kommt, desto kleiner wird er.

Mit dem seit Jahren praktisch ausgeglichenen Haushalt und einer Staatsschuldenquote von 14 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Deutschland: 80 Prozent) steht Russland auf dem Papier zwar blendend da. Doch Wachstumsraten von

sechs oder mehr Prozent gehören der Vergangenheit an. In diesem Jahr rechnet der Kreml mit nur noch 1,3 Prozent, zu wenig angesichts des gewaltigen Modernisierungsbedarfs.

In seiner Ansprache an die Nation räumte Putin ein, dass Bürokratie und die grassierende Korruption in Russland Innovation und Unternehmergeist ersticken.

Um dieses Bild zu schönen und gleichzeitig der russlandkritischen Berichterstattung westlicher Medien entgegenzuwirken, hat Putin vorige Woche die Medienholding „Russland heute“ geformt, eine moderne Propagandamaschine, die Russlands Ruf im Ausland verbessern soll. Er ließ dafür per Dekret die traditionsreiche Nachrichtenagentur Ria-Nowosti „liquidieren“, deren Kolumnisten ideell angeblich abhängig von westlichen Positionen gewesen sein sollen.

„Russland heute“-Chef Dmitrij Kisseljow fiel dadurch auf, dass er in einer Talkshow vorschlug, Homosexuellen Blut- und Spermaspenden zu verbieten, weil sie nicht würdig seien, Leben weiterzugeben. „Ihre Herzen müssen verbrannt werden“, so Kisseljow. Die Rettung der Banken auf Zypern durch die EU verglich er mit der Enteignung der Juden durch Adolf Hitler. Nicht Objektivität sei für die Mitarbeiter der neuen Staatsagentur das Wichtigste, sondern „Liebe zu Russland“, erklärte Kisseljow auf der ersten Betriebsversammlung.

Ein Jahrzehnt ist es her, dass Anatolij Tschubais, einst Architekt der Privatisierung der Staatswirtschaft und bis heute einflussreicher Strippenzieher in der Kreml-Elite, in einem Essay ein „liberales Imperium“ forderte. Russland solle die durch den Zerfall der Sowjetunion verlorengegangenen Länder wieder in seinen Einflussbereich bringen, indem es durch Demokratie, Freiheit und Rechtsstaat die eigene Anziehungskraft erhöhe. Das galt auch für die Ukraine.

„Das liberale Imperium ist heute die Europäische Union“, lästert der Moskauer Politologe Wladimir Frolow. „Putin bietet ein anderes, nichtliberales Imperium an.“ Dieses sei attraktiv für Alleinherrscher wie den Weißrussen Alexander Lukaschenko oder Nursultan Nasarbajew

Zar Putin Die Karriere des russischen Präsidenten

1999	2000	2003	2004
Präsident Boris Jelzin ernennt den Geheimdienstchef Wladimir Putin zum Premier . Russischer Einmarsch in Tschetschenien unter dem Vorwand einer Anti-Terror-Operation. Nach Jelzins Rücktritt an Silvester übernimmt der Ex-KGB-Mann Putin die Amtsgeschäfte als Staatsoberhaupt.	Putin gewinnt im März die Präsidentenwahl. Im Juni übernimmt er die Regierungsgewalt in der nach Unabhängigkeit strebenden Teilrepublik Tschetschenien. Bis 2003 tobt der zweite Tschetschenienkrieg; die zerstörte Hauptstadt Grosny und blutige Terroranschläge prägen das Bild des Konflikts.	Als Michail Chodorkowski , reichster Mann Russlands, Putin öffentlich wegen Korruption kritisiert, wird er später festgenommen und wegen Steuerhinterziehung und Diebstahls verurteilt. 2013, ein Jahr vor Haftentlassung, plant die russische Staatsanwaltschaft neue Verfahren gegen ihn, Vorwurf: Geldwäsche.	Erneuter Wahlsieg – auch dank des Einsatzes von Staatsapparat und Massenmedien für die Regierungspartei: Putin bleibt Präsident.



Chodorkowski bei Putin 2002



Russische Soldaten bei einer Übung in der Arktis: Zehn Stützpunkte am Polarkreis

in Kasachstan, deren Länder Putins Eurasischer Zollunion genauso beitreten wollen wie Armenien und Kirgisien.

In Putins Modell wisse nur der Führer, was gut sei fürs Volk. „Das nichtliberale Imperium hilft, Russlands Abwendung von Europa mit dem Verweis auf subversive europäische Werte zu erklären“, so Frolow, „und es lässt dem Kreml die Illusion, mit Amerika, China und der EU in einer Liga zu spielen.“

Kein Putin-Projekt steht so für diese Illusion wie die Olympischen Winterspiele in Sotschi. Sie symbolisieren Putins Traum von neuer Größe – gleichzeitig aber auch seine Schwäche. Der Kreml-Herr ließ neue Autobahnen, Tunnel und Eisenbahnlinien in den Kaukasus fräsen, einen hochmodernen Bahnhof errichten und zwei Winterferienorte. Nicht zuletzt wegen Korruption und Vetternwirtschaft

explodierten die Kosten von den ursprünglich geplanten 9 Milliarden auf mehr als 37 Milliarden Euro. Nur ein Staatsführer mit den Ambitionen Putins, nur ein Land mit dem Hang zum Größenwahn konnte auf die Idee kommen, Winterspiele in einem Schwarzmeer-Kurort mit subtropischem Klima abzuhalten.

Rund um Putins Spiele soll der stauenden Welt Russlands Einzigartigkeit vorgeführt werden. Deshalb ließ der Kreml die olympische Fackel von 14 000 Menschen 65 000 Kilometer weit durchs Land tragen – beides Rekordzahlen. Natürlich begann die Stafette auf dem Roten Platz, natürlich startete sie an Putins Geburtstag. Der Kreml schickte die Fackel mit einem Taucher auf den Grund des Baikalsees. Kosmonauten transportierten sie per Rakete ins All, Kamelreiter brachten sie durch die südrussische Steppe,

Schlittenhunde in die Arktis und ein Eisbrecher zum Nordpol.

Nicht nur in Sotschi am Schwarzen Meer will der Kreml die Welt beeindruckt, sondern auch am Polarmeer. Um im Kampf mit anderen Anrainern an die dort in der Tiefe schlummernden Bodenschätze heranzukommen, wies Putin vergangene Woche seinen Verteidigungsminister an, „Russlands militärische Präsenz in der Arktis auszubauen“, am Polarkreis zehn Stützpunkte der Sowjetunion wiederherzurichten und eine arktische Eingreiftruppe zu bilden.

Putins Stärke ist nur relativ. Es ist eine Stärke, die sich auch aus der Schwäche des Westens speist. Europas Politik gegenüber der Ukraine bietet dafür das beste Beispiel.

Deutschland und die EU haben lange geglaubt, wenn sie Kiew dazu brächten,

2005

Putin lässt die Direktwahl der Gouverneure abschaffen und errichtet eine sogenannte **Machtvertikale**, um selbst bis in die Regionen durchzuregieren. Sein Konzept der „souveränen Demokratie“ beschneidet demokratische Rechte.

2008

Die russische Verfassung lässt nur zwei präsidentiale Amtszeiten zu. Putins Vertrauter **Dmitrij Medwedew wird Präsident, Putin selbst Premier**. Zuvor hatte der Regierungschef den Vorsitz der Partei „Einiges Russland“ übernommen, ohne deren Mitglied zu sein.

2012

Putin kandidiert erneut als Staatspräsident, Medwedew hat ihn vorgeschlagen. Gegen Anti-Putin-Proteste wird hart durchgegriffen. So werden zwei **Pussy Riot**-Aktivistinnen zu zwei Jahren Lagerhaft verurteilt.



MITYA ALESHKOVSKY / DPA

2013

Ein **Anti-Homosexuellen-Gesetz** verbietet „homosexuelle Propaganda“ wie die Regenbogenflagge, was im Vorfeld der Olympischen Winterspiele in Sotschi zu Protesten führt.

Putin löst die staatliche Nachrichtenagentur Ria-Nowosti auf und gründet stattdessen den neuen Staatspropaganda-Konzern „Russland heute“. Sein Chef wird ein nationalistischer Journalist.

Pussy-Riot-Aktion in der Christ-Erlöser-Kathedrale in Moskau

DER SPIEGEL



Getrennt gegen Putin

Joachim Gaucks Olympia-Absage erzürnt die Kanzlerin.

MAJA HHTU / DPA

Angela Merkel wollte Joachim Gauck nicht als Bundespräsidenten, weil er ihr zu unabhängig war. Sie musste sich aber dem Druck der FDP beugen. Seither lief die Zusammenarbeit zwischen Kanzlerin und Präsident reibungslos. In der vergangenen Woche haben sich Merks Befürchtungen erstmals bestätigt. Die Kanzlerin erfuhr nach Angaben aus ihrer Umgebung aus den Medien, dass Gauck nicht zu den Olympischen Winterspielen im russischen Sotschi reisen würde.

Der SPIEGEL hatte über die Entscheidung Gaucks berichtet. Eine offizielle Begründung lieferte der Präsident nicht mit. Es setzte sich sehr schnell die Interpretation durch, sein Boykott sei ein Protest gegen die Menschenrechtslage in Russland und die Politik Wladimir Putins. Das Präsidialamt dementierte diese Einordnung nicht.

Gaucks Entscheidung hat nicht nur in Russland wütende Reaktionen ausgelöst. Sie hat auch in der Bundesregierung zu einer internen Debatte über die Außenpolitik des Bundespräsidenten geführt. Kanzleramt und Auswärtiges Amt sind, zurückhaltend formuliert, nicht glücklich über Gaucks Vorgehen.

Merkel war verärgert über den Wirbel, den der Präsident ausgelöst hatte. Sie wäre gern direkt über seinen Entschluss unterrichtet worden. Das Verhalten des Präsidenten muss ihr als grobe Unhöflichkeit vorgekommen sein. Das Präsidialamt hatte die russische Botschaft über die Absage nämlich informiert.

Es gibt allerdings eine andere Darstellung. Man habe das Kanzleramt informiert, bevor die Absage öffentlich wurde, heißt es im Präsidialamt. Was stimmt nun?

Möglicherweise sagen beide Seiten die Wahrheit. Die sogenannte Arbeits-

ebene beider Häuser, womit in der Regel die Referenten und Referatsleiter gemeint sind, kommunizieren regelmäßig miteinander. Es ist denkbar, dass Beamte des Präsidialamts die Information über Gaucks Absage an Kollegen des Kanzleramts weitergegeben haben. Diese haben womöglich versäumt, Merks Büro, ihren Sprecher Steffen Seibert oder ihren außenpolitischen Berater Christoph Heusgen zu infomieren.

Üblich wäre es allerdings, eine Entscheidung dieser Tragweite ganz oben zu besprechen. Das Verhältnis zu Russland ist eine der kompliziertesten Fragen der deutschen Außen-

Gaucks Verhältnis zu Russland ist komplizierter, emotionaler als das der Kanzlerin.

politik. Es ist schlecht, wenn Regierungschefin und Staatsoberhaupt sich nicht genau abstimmen. In der Leitungsebene des Auswärtigen Amtes ging keine Information über die Absage ein.

Wichtiger als Protokollfragen ist die Debatte darüber, ob die Entscheidung des Bundespräsidenten sachlich richtig war. Die Art der Absage offenbart einen grundlegenden Meinungsunterschied zwischen Merkel und Gauck in der Frage, wie Deutschland mit dem schwierigen Partner in Osteuropa umgehen soll.

Dabei sind sich beide in der Bewertung Wladimir Putins weitgehend einig. Merkel hält, genau wie Gauck, den russischen Präsidenten für nicht fähig, das Land zu modernisieren und auf einen demokratischen Kurs zurückzuführen. Die Kanzlerin hat ihre

Kritik am Umgang mit Oppositionellen in Russland offen angesprochen, auch in Gegenwart Putins.

Gleichzeitig hat sie es vermieden, die Russen offen zu brüskieren. Es gibt viele Probleme, die sich nur mit Moskau lösen lassen. Der Bürgerkrieg in Syrien zählt ebenso dazu wie das iranische Atomprogramm oder die Situation in der Ukraine. Deshalb will Merkel mit Moskau auf allen Ebenen im Gespräch bleiben. Sie hat Putin vor einigen Tagen übermitteln lassen, dass sie sich bald gemeinsame Regierungskonsultationen wünsche.

Gauck dagegen ließ zu, dass seine Absage als politisches Signal interpretiert wird. Das hält Merkel für einen Fehler, weil es Moskau desavouiert. Es sei auch nicht gut, dass Gauck Russland seit seinem Amtsantritt noch nicht besucht habe, heißt es im Kanzleramt.

Aber Gaucks Verhältnis zu Russland ist komplizierter, emotionaler als das der Kanzlerin. Er hat die Russen ermahnt, sich angemessen mit den Verbrechen der Sowjetzeit auseinanderzusetzen. Gleichzeitig will er im Weltkriegsgedenkjahr sein Haupt vor den Millionen Toten des Landes neigen, die im Kampf gegen den Nationalsozialismus fielen.

Dass es noch keinen Staatsbesuch in Russland gegeben hat, liegt nicht nur an Gauck. Putins Bedürfnis, den Deutschen zu sehen, ist auch nicht besonders ausgeprägt. Der russische Präsident sagte zwei bereits geplante Treffen ab, angeblich aus Termingründen. Ein Aufeinandertreffen bei der Olympia-Inszenierung in Sotschi wäre für Gauck unter diesen Umständen kaum vorstellbar gewesen. Nach seiner Absage wird es vermutlich noch schwieriger, im Kalender des russischen Präsidenten einen freien Termin zu finden.

RALF NEUKIRCH

ein paar Dutzend liberale Gesetze zu unterschreiben, würde die Annäherung an den Westen selbst von einem politisch so windigen Mann wie Wiktor Janukowitsch nicht mehr in Frage gestellt. Statt mehr Geld zu bieten und eine klare Perspektive in der EU, forderten sie zum Schluss der Verhandlungen ultimativ die Freilassung der inhaftierten Ex-Regierungschefin Julija Timoschenko.

Besondere Kenntnisse über ukrainische Befindlichkeiten bewies die EU damit nicht. Julija Timoschenko taugt nicht zur Märtyrerin, das Mitleid der Ukrainer für sie hält sich in Grenzen. Viele erinnern sich an ihre Karriere als Oligarchin in den neunziger Jahren und an den Populismus, den sie als Regierungschefin pflegte. Sie sehen keinen großen Unterschied zwischen ihr und Janukowitsch.

Der aber tickt wie der Russe Wladimir Putin – und so ganz anders als die EU. Ihm geht es nicht um Werte wie Fairness, Interessenausgleich und Freiheit für den Einzelnen. Er ist wie Putin auf einem Hinterhof aufgewachsen, wo es galt, stärker zu sein als andere, bluffen zu können und schnell zuzuschlagen.

Bei der geplanten Annäherung an die EU ging es Janukowitsch um den blanken Gewinn. Er will 2015 wiedergewählt werden. Dabei stören ihn vor allem zwei Leute: Timoschenko und der Boxer Vitali Klitschko.

Timoschenko haben die Deutschen inzwischen wie eine heiße Kartoffel fallengelassen. Sie konzentrieren sich jetzt auf den vermeintlich einzigen Führer der Opposition, sie wollen nun Klitschko zum Gegenspieler von Janukowitsch aufbauen. Dabei ignorieren sie, dass es in der Ukraine insgesamt drei Oppositionsführer gibt.

Und sie sehen darüber hinweg, dass die Opposition nicht der eigentliche Anführer der Proteste auf dem Kiewer Maidan-Platz ist, ja dass deren Parteiführer, darunter Klitschko, von vielen Ukrainern als Kollaborateure der herrschenden Elite angesehen werden. Laut einer Umfrage folgen nur fünf Prozent der Protestler, die auf dem Maidan stehen, einem Aufruf der Oppositionsführer. Die Mehrheit kommt ohne Aufforderung, aus eigenen Motiven.

Solange sich der Westen die Wirklichkeit im Osten Europas schönredet, behält Putin seine Trümpfe in der Hand. Er kennt die Lage besser, er hat die wirksameren Hebel, auf die früheren Sowjetrepubliken einzuwirken. Und er hat keine Skrupel, notfalls zum Säbel statt zum Florett zu greifen.

Es ist Mittwoch vergangener Woche, als einer von Putins wichtigsten Beratern zum Mittagessen bei einem Edelitaliener unweit des Moskauer Außenministeriums einlädt. In Kiew sind die Demonstranten gerade dabei, im dichten Schneetreiben noch höhere Barrikaden zu errichten.

Die Augen des Kreml-Beamten sind rot, die langen Gipfelnächte und die 19 Auslandsreisen, die er in diesem Jahr mit

sich Putin in Sachen Ukraine diesmal verrechnet haben.

Als Kiew 2004 das erste Mal auf die Barrikaden ging und die Orange Revolution begann, protestierte das Volk gegen Wahlbetrug. Ob Männer oder Frauen wie Juschtschenko, Timoschenko oder Janukowitsch an der Spitze der Ukraine standen, war Moskau letztlich egal. Es waren Repräsentanten verschiedener Clans, die untereinander um die Führung im Land kämpften – mit denen konnte man sich mehr oder weniger einigen.

Jetzt aber stehen Leute auf dem Maidan, die sich um ihre europäische Hoffnung betrogen fühlen – weil ihre Führung sich von Russland kaufen ließ. Die von Europa träumen als einem Synonym für Demokratie und Ehrlichkeit, für ein Ende von Willkür und Korruption, für Selbstbestimmung.

Moskaus plumper Druck auf Kiew habe die Lage verändert, sagt der russische Politologe Wladislaw Inosemzew: Der ukrainischen Gesellschaft gehe es nun nicht mehr darum, welche Figur aus der Elite des Landes gerade an der Spitze stehe, sondern darum, wohin das Land marschiere. Dieser Herbst habe die Zahl der proeuropäischen Ukrainer sprunghaft erhöht.

Janukowitsch spürt das. Vergangenen Donnerstag schwenkte er erneut um und ließ erklären, er wolle den EU-Vertrag doch irgendwann unterschreiben. Aber es klang nach einem seiner Taschenspielertricks, um die Protestler endlich von der Straße zu holen.

Freitagnachmittag lud er dann zu einem Runden Tisch, doch der endete enttäuschend, Janukowitsch erfüllte keine einzige Forderung der Opposition, sondern ließ gleichzeitig eine Großkundgebung seiner

Anhänger vorbereiten. Sein Premier immerhin deutete einen möglichen Rücktritt an, Ex-Präsident Leonid Kutschma sagte am Rande, die Ukraine sei „bankrott“.

Kiew, Moskau und die EU – das Spiel ist noch nicht entschieden. Fest steht jedoch schon, dass Putin der Ukraine mit seiner unverhohlenen Einmischung einen Bärendienst erwiesen und Janukowitsch zur Marionette degradiert hat. Der könne die nächsten Wahlen nun kaum noch gewinnen, glaubt Wladislaw Inosemzew. „Sehr unwahrscheinlich, dass 2015 jemand zum Präsidenten gewählt werden wird, der bereit ist, noch einmal Europa gegen billiges russisches Gas einzutauschen.“



ALEXEI NIKOLSKI / AFP

Sportfan Putin mit Olympia-Fackel*: Hang zum Größenwahn

Putin unternommen hat, haben Spuren hinterlassen. Für seine Gesprächspartner hält Putins Mann eine Botschaft parat. Zwischen eingelegtem Tintenfisch und Salami erklärt er, sein Chef sei einer, mit dem „Deals möglich sind, wenn man mit ihm redet“. Mit ihm zu reden, um Kompromisse zu finden – das aber tue der Westen „viel zu wenig“. Spitzenpolitiker wie Westerwelle sollten sich nicht mit der Opposition in Kiew gemein machen, auf den Maidan zu gehen sei „diplomatisch gesprochen nicht korrekt“. Da würden ja auch keine russischen Minister stehen.

Der Mann hat gut reden. Nach Kiew mussten russische Minister gar nicht eilen, der ukrainische Präsident selbst wurde beinahe im Wochenrhythmus nach Moskau einbestellt. Und dennoch könnte

* Am 6. Oktober auf dem Roten Platz.



**Animation:
Die Akte Putin**

spiegel.de/app512013putin
oder in der App DER SPIEGEL